

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 36 21-22
Fernschreiber 029 229

P/X/63 - 17.3.1955

Hinweise
auf den Inhalt:

Die Palastrevolution im BHD	S. 1
Nach dem Ausschluß Devans	S. 3
FDJ-Störmanöver	S. 5

Offene Bruchstellen

sp - Was mancher voraussagte, ist nun eingetreten. Die zwei rivalisierenden Gruppen in der BHD-Fraktion sind auseinandergegangen. Ein neuer Fraktionsvorstand ist gewählt. 14 Bundestagsabgeordnete entschieden sich für den sudetendeutschen Bundestagsabgeordneten Karl Mocker als Fraktionsvorsitzenden. Es fehlt ihnen also ein Abgeordneter zur vollen Fraktionsstärke von 15 Mann. Sollte es hart auf hart gehen - Minister Kraft erklärte bereits, die Spaltung sei vollzogen - dann denkt man an den früheren FDP- und heutigen fraktionslosen Abgeordneten Stegner als 15. Mann.

So weit ist es aber noch nicht. Daher ist auch das Rätselraten darüber, was die Rest-13 tun werden, verfrüht. Immerhin ist diese Palastrevolution innerhalb einer Koalitionspartei in der Geschichte des deutschen Bundestages ein einmaliger Vorgang, der vielfach als Sensation empfunden wurde. Es hieße jedoch, diesen Vorgang zu vereinfachen, wenn man ihn auf die Formel "Radikale gegen Gemäßigte" bringt. Gleichzeitig überdramatisieren die Schlagzeilen der Zeitungen die Sache. Natürlich gibt es sachliche Differenzen. Das Wort, die BHD Minister seien zu stark "adenerisiert", stammt aus BHD-Kreisen. Die Neuwahl des Fraktionsvorstandes war wohl mehr eine Rebellion gegen die undemokratischen Methoden Haaslars und der Minister Kraft und Oberländer. Es gibt eben eine Reihe von BHD-Abgeordneten, welche die autoritären Methoden ihrer Minister verurteilen und die auch den Antisozialismus der Minister nicht teilen. Dieses antisozialistische

17.3.1955

Kennzeichen ist bei den BHE-Ministern am stärksten ausgeprägt. In ihrem Denken haben sozialistische und gesellschaftskritische Gedanken keinen Platz, während reges soziales Gewissen ein Merkmal der sogenannten Rebellen ist.

Eine Frage, die schon lange umgeht, ist, ob der BHE überhaupt noch eine Zukunft hat. Es fehlt die breite, verbindende Basis. Diese Sorge bewegt die meisten BHE-Abgeordneten. Für ist man sich wegen der lebensverlängernden Mittel und Wege nicht einig. Das Für und Wider in der Saar- und Koalitionsfrage muß man mit im Lichte dieser Erwägungen sehen. In diesem Zusammenhang erhebt sich auch die Frage, welche Anziehungskraft die SPD auf die Vertriebenen im BHE haben wird. Dabei erscheint es abwegig, den Abgeordneten Kather nur als Sprengmittel oder als trojanisches Pferd zu sehen. Auch ohne Dr. Kather wären die Spannungen zum Durchbruch gekommen.

In den heftigen Auseinandersetzungen im Bundesvorstand des BHE war die Frage der Unterschrift unter die SPD Klage besonders heiß umstritten. Mit 15 gegen neun Stimmen (der Bundesvorstand zählt 42 Mitglieder) wurde ausgesprochen, dass die Unterschrift eines BHE Abgeordneten unter die SPD Klage mit den Parteigrundsätzen unvereinbar ist. Trotzdem scheinen die Abgeordneten Kather, Keller, Engell und Feller entschlossen zu sein, die Klageschrift zu unterschreiben.

Die Einberufung eines außerordentlichen Parteitages steht noch nicht fest. In ungefähr 14 Tagen will der Bundesvorstand nochmals zusammentreten. Ehe man den Parteitag zusammenruft, will man noch den Bundesausschuss hören. Bis dorthin ist Zeit zu Überlegungen auf beiden Seiten. Obwohl die Debatten der letzten Tage keine persönliche Annäherung brachten - so schossen die Vertreter Schleswig-Holsteins im Bundesvorstand mit sehr schwerem Geschütz gegen den Presse-Referenten der BHE Fraktion - wird doch der Selbsterhaltungstrieb der Partei Erücken schlagen, die besonders jetzt für Niedersachsen sehr wichtig sind. Eine ruhige Entwicklung kann man*dem Block nicht voraussagen. *jedoch

Labour in der Krise ?

F.S., London

Fast scheint es so, als sei zunächst einmal das Unbehagen in der Labour-Party darüber, dass der Ausschluß Bevans aus der Fraktion mit einer so erstaunlich geringer Mehrheit erfolgte größer, als die Genugtuung darüber, dass es überhaupt dazu kam. Dass sich die Fraktionsleitung, also das sogenannte Schattenkabinett, durchsetzte, war an sich keine Überraschung, denn anderenfalls hätten Attlee und seine Anhänger zurücktreten müssen.

Die Verantwortung vor den Folgen dieses Rücktritts mag eine Reihe von Abgeordneten bestimmt haben, den Fraktionsvorstand zu unterstützen. Aber die Auffassung der Fraktionsmehrheit, dass die Politik und die Persönlichkeit Bevans im Laufe der letzten Zeit schwere Einbuße erlitten hätten, erwies sich als irrig. Im Gegenteil, bisher ist paradoxerweise keine Auseinandersetzung innerhalb der Fraktion so eindrucksvoll für Bevan ausgegangen, als gerade dieser Ausschluß aus der Fraktion. Eine Mehrheit von nur 29 Stimmen versetzt den gemäßigten Flügel der Fraktion und ihre Leitung in keine glückliche Position. Es ist noch nicht zu übersehen, welche weiteren Rückschlüsse Attlee und die Fraktionsleitung aus dem Abstimmungsergebnis ziehen werden.

Am nächsten Mittwoch wird der Parteivorstand Gelegenheit haben, den Beschluß der Fraktion zu beraten. Durch die von den Gewerkschaftsvertretern bestimmten Mehrheitsverhältnisse wird ein Ausschluß Bevans auch aus der Partei gesichert, wenn die Exekutive (der Vorstand) diese Entscheidung herbeizuführen wünscht, die sie in Anbetracht der Gefolgschaft, die Bevan in der Fraktion erhielt, reiflich zu überlegen hat. Wird der Ausschluß aus der Partei beschlossen, hat der im Oktober stattfindende Parteitag die Möglichkeit, ihn zu bestätigen oder aufzuheben.

Die Frage aber, ob und wann die Labour-Party die Bevan-Krise überwinden wird, bleibt unbeantwortet. Es gibt in der Fraktion ältere Parteitaktiker, die glauben, dass Bevan nach der nächsten Wahl in die Vergessenheit geraten wird und Präzedenzfälle scheinen ihnen rechtzu-

geben. Vorläufig aber stehen die bezirklichen und örtlichen Organisationen der Partei in ihrer überwiegenden Mehrheit hinter Bevan. Es ist bezeichnend und durchaus nicht zufällig, dass die diesjährige Vorsitzende der Labour-Party, Dr. Edith Summerskill, von ihrem Wahlkreis, den sie seit 1938 vertritt, nicht wieder aufgestellt wurde und einem Kandidaten weichen mußte, der als Bevan-Anhänger gilt.

Es ist falsch, von einer fest umrissenen Bevan-Gruppe der Unterhausfraktion zu sprechen. Seine jeweilige Anhängerschaft vertritt ein Sammelsurium verschiedener Auffassungen, und selbst seine engsten Verbündeten betonen oft Abweichungen von seiner Politik. Die Zahl seiner Mitläufer schwankt von Fall zu Fall. Auch innerhalb der Partei-Anhänger findet Bevan keine geschlossene Gefolgschaft. Gäbe es nicht den Streit um den deutschen Mehrbeitrag, hätte Bevan längst nicht mehr die Bedeutung, die ihm auch außerhalb der Labour-Party zugemessen wird. Die Opposition wäre auch ohne Bevan und den Bevanismus entstanden, freilich ohne die gegenseitige Zuspitzung. Vielleicht wird der Ausschluß Bevans schließlich zu einer Beruhigung in der Partei führen. Aber die Verwirrung der Mitglieder und Anhänger ist im Augenblick noch zu groß, als dass die Schlagkraft der Bewegung nicht davon betroffen würde.

Es ist für die Parteinstanzen sicher keine leichte Aufgabe, Bevan, der sich seit 40 Jahren große Verdienste um die Entwicklung der britischen Arbeiterbewegung erwarb, aus ihren Reihen zu stoßen. Aber die Verantwortung, ihn zu behalten, ist unvergleichlich schwerer, zumal er 1939 schon einmal aus der Partei entfernt wurde. Bevan wird, zumindest bis zur nächsten Wahl, als unabhängiges Mitglied des Unterhauses in Erscheinung treten. Wie er unter diesen Umständen als ewiger Rebell hoffen kann, jemals die Führung der Partei in die Hand zu bekommen und über sie die Anwartschaft auf den Stuhl des britischen Premiers, bleibt sein Geheimnis.

Neuer Dreh der FDJ

hh. Seit Wochen sind die Verber der FDJ wieder unterwegs, um Teilnehmer für den am kommenden Sonntag in Ostberlin stattfindenden "Kongress des Deutschen Jugendringes gegen Remilitarisierung" zu gewinnen. Vor allem wandte sie sich an Funktionäre der Gewerkschaftsjugend in der Hoffnung, sie in Ostberlin als die Repräsentanten der DGB-Jugend vorstellen zu können. Die Einladungen wurden diesmal mündlich überbracht. Die Verber - die in jedem Fall bekannt sind - knüpfen dabei vielfach an die ablehnende Haltung gegenüber einer Wiederbewaffnung an und versuchten gleichzeitig, aus dem verfänglichen Namen "Deutscher Jugendring" Kapital zu schlagen. Dass der westdeutsche Bundesjugendring diese Nachenschaften auf das schärfste verurteilt, ist selbstverständlich. Die ganze Mäharbeit hat eine lange Vorgeschichte.

Im Spätsommer 1954 erhielt die in der Bundesrepublik verbotene "Freie" Deutsche Jugend (FDJ) aus Berlin folgende Anweisungen für ihre Tätigkeit in Westdeutschland:

1. Die wichtigste Aufgabe ist das Eindringen in die Organisationen der Gewerkschaftsjugend.
2. Jedes FDJ-Mitglied muß alles in seiner Kraft liegende tun, um eine Funktion innerhalb der Gewerkschaftsjugend zu erlangen. Alle FDJ-Mitglieder, denen es gelingt, eine solche Funktion zu bekommen, werden von der übrigen FDJ-Arbeit freigestellt.
3. "Komitees für den Schutz der Jugend" sind zu bilden. Es sind möglichst viele Versammlungen unter Parolen wie "Keine Steuern für die Arme, sondern höhere Löhne", "Kein Militärgesetz, sondern ein Gesetz zum Schutz der jungen Arbeiter" zu organisieren.

Die Gewerkschaftsjugend hat sich aber nicht blenden lassen. Neben der ablehnenden Stellung, die sie zur Wiederaufrüstung in der Bundesrepublik Deutschland bezog, hat die Bundesjugendkonferenz des DGB im September 1954 auch die Remilitarisierungsbestrebungen in der Sowjetzone schärfstens verurteilt. Sie hat entschiedener als jede andere westdeutsche Jugendorganisation den Kampf gegen die Mäharbeit der FDJ aufgenommen, und zwar schon lange, bevor die Wiederaufrüstungsfrage akut war.

Zweifelloos hat die Aktivität der FDJ durch die erwähnten neuen Anweisungen neuen Auftrieb bekommen. Aber die Gewerkschaftsjugend wird sich nicht als Aushängeschild für ein Regime mißbrauchen lassen, das die persönliche Freiheit täglich in unzähligen Fällen unterdrückt und verhöhnt, das selbst mit aller Kraft eine Remilitarisierung der Sowjetzone anstrebt, wie sie zum Teil in Form der "Volkspolizei" schon längst verwirklicht ist.

* * *

Verantwortlich: Peter Raunau